

DEMOKRATIE UND GEWERKSCHAFTLICHE AKTION

Seit Jahren machen die Gewerkschaften Vorschläge und Programme. Sie haben vor der Währungsreform eine vielbeachtete Stellungnahme zur Währungsreform und zum Lastenausgleich herausgegeben. Sie haben seit gut zwei Jahren das Problem der Vollbeschäftigung in die öffentliche Erörterung hineingetragen und haben durch eine wissenschaftliche Tagung und die Veröffentlichung bedeutsamer Schriften die Diskussion dieser entscheidend wichtigen Frage in der deutschen Öffentlichkeit so vorangetrieben, daß sie nicht mehr verstummen wird. Es gibt keine wichtige Gesetzesvorlage, kein wirtschaftliches Problem von allgemeiner Bedeutung, zu dem der DGB nicht Stellung nimmt. Kürzlich wurde wieder eine Stellungnahme zum Lastenausgleich bekanntgegeben, eine solche zur Änderung des Einkommen- und des Umsatzsteuergesetzes steht vor der Fertigstellung. Die Vorschläge und Forderungen des DGB haben dank ihrer Sachlichkeit und konstruktiven Brauchbarkeit bei Freunden und Gegnern und auch in Kreisen der Wissenschaft starke Beachtung gefunden.

Viele Gewerkschaftskollegen erkennen noch nicht in vollem Umfang die Wandlung, die darin liegt, daß sich der Deutsche Gewerkschaftsbund seit 1945 durch die Arbeiten seines Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes, seine konstruktiven wirtschaftspolitischen Vorschläge und seine Presseorgane ein solches Gewicht in der öffentlichen Meinung errungen hat. Die Situation der arbeitenden Menschen, die ganze wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik und die wirtschaftspolitische Einstellung der Parteien ist durch diese Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes in stärkstem Maße beeinflußt worden.

Und doch sind viele, insbesondere die Kollegen in den Betrieben, hiermit nicht zufrieden. Sie begrüßen es zwar, daß die Gewerkschaften brauchbare Programme und Vorschläge machen. Sie erkennen an, daß es nicht leicht ist, in der verworrenen Situation, in die wir durch die Naziherrschaft, Krieg und Kriegsfolgen, durch die Fehler von Bundesregierung und Besatzungsmächten geraten sind, wirklich einen Ausweg zu zeigen und an Stelle bloßer Proteste oder propagandistischer Phrasen brauchbare Vorschläge zu machen und ein echtes Neuaufbau-Programm vorzulegen. Aber die Kollegen verlangen mehr. Sie fordern von ihrer Gewerkschaft, daß sie diese Vorschläge und dieses Programm dann auch durchsetzt, notfalls ohne die verfassungsmäßige Regierung.

Dieses Verlangen und diese Erwartung unserer Kollegen ist einerseits eine Folge ihres starken Vertrauens in die Gewerkschaftsbewegung, andererseits Ausdruck ihrer tiefen Enttäuschung über die Regierung und das Parlament. Wenn die Regierung oder der Bundestag versagt, so erwarten viele unserer Kollegen, daß die Gewerkschaften durch irgendeine „Aktion“ einen Bundestag und eine Regierung an ihre Stelle setzen, die die gewerkschaftlichen Vorschläge verwirklichen.

Ist aber diese Auffassung nicht sehr naiv? Zeugt sie nicht davon, daß wir in Deutschland noch keine genügende Erfahrung und nur wenig Gefühl für parlamentarische Verantwortung, für politische und demokratische Möglichkeiten haben?

Wir haben erlebt, wie sich die Nazis ohne Rücksicht auf parlamentarische Spielregeln, Gesetze und Programme durchsetzten. Ihr Programm war die Macht, die sie skrupellos und rücksichtslos ausübten. Wir als Gewerkschaften haben

ein Programm, haben brauchbare Vorschläge an Stelle der wirtschaftlichen Methoden der Bundesregierung, die zu einer Katastrophe für die Arbeitnehmer geführt haben. Und wir haben eine Organisation von 5 1/2 Millionen Menschen. Warum setzen wir nicht diese Macht ein, zwingen notfalls Bundesregierung und Bundestag, unsere gewerkschaftlichen Vorschläge durchzusetzen?

Wir sind uns in der neuen Gewerkschaftsbewegung darüber im klaren, daß die parlamentarische Demokratie notwendig durch die wirtschaftliche Demokratie — nämlich durch die Mitbestimmung auf der betrieblichen und überbetrieblichen Ebene — ergänzt werden muß¹⁾. Wir wissen, daß alle parlamentarische Demokratie solange ein Stückwerk ist, als die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft nicht verwirklicht ist. Für eine echt demokratische Gesellschaftsorganisation reicht also die parlamentarische oder politische Demokratie nicht aus. Die wirtschaftlichen Monopolverhältnisse, die aus der Gesellschaft eine Klassengesellschaft machen, werden durch die parlamentarische oder politische Demokratie allein nicht aufgehoben. Dazu ist vielmehr eine Änderung der gesamten Wirtschaftsstruktur erforderlich, ist die Aufhebung der wirtschaftlichen Vormachtstellung derer, die über die Produktionsmittel verfügen, notwendig. Und dazu ist ein entscheidender Schritt die Durchsetzung der Mitbestimmung.

Wenn hiernach feststeht, daß die parlamentarische Demokratie nicht hinreicht, um eine echte soziale Demokratie zu verwirklichen, so muß doch andererseits festgestellt werden, daß auf die parlamentarische Demokratie auch nicht verzichtet werden kann, wenn eine neue Gesellschaftsordnung und eine dauerhafte Neuordnung hergestellt werden soll.

Wir Gewerkschafter sind keine Abenteurer, denen es nur darauf ankommt, eine Machtstellung zu erobern. Unser Ziel ist, eine neue wirkliche Ordnung zu schaffen, eine Ordnung, in der die Freiheit eines jeden in gerechter Weise durch die Freiheit der anderen beschränkt ist. Eine solche Ordnung ist nur möglich auf Grund gerechter Gesetze. Für die Gesetzgebung ist aber das Parlament verantwortlich. Dafür ist die parlamentarische Demokratie da. Die Gewerkschaften haben zwar das Recht²⁾, bei Verletzung der unabdingbaren Menschenrechte durch das Parlament notfalls auch außerparlamentarische Mittel einzusetzen. Ob und wann man das tun soll, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und eine Frage der Kampfkraft. Aber trotz aller brennenden Not, vor der wir stehen, muß darauf hingewiesen werden, daß es sich beim außerparlamentarischen Kampf um eine sehr ernste Sache handelt. Die Gewerkschaften sind eine der stärksten Stützen der Demokratie. Sie dürfen nur im äußersten Notfall außerparlamentarische Maßnahmen ergreifen, und zwar nur dann, wenn die Demokratie überhaupt auf dem Spiele steht.

Die parlamentarische Demokratie ist noch nicht die soziale Demokratie, sie ist auch nicht die gerechte Ordnung, die wir als Gewerkschaften erstreben. Aber sie ist ein notwendiges Teilstück davon. Denn sie ist die Sicherung gegen totalitäre Diktatur.

So gewiß es ist, daß die Gewerkschaften heute nicht nur den Lohnkampf zu führen haben, sondern darüber hinaus eine neue wirtschaftliche Ordnung erstreben und erkämpfen müssen, so gewiß ist auch, daß sie jede Diktatur und totalitäre Monopolbildung ablehnen. Der freiheitliche und demokratische Cha-

1) Man vergleiche hierzu den Artikel des Verfassers „Das Recht des außerparlamentarischen Kampfes in der Demokratie“ in Heft 3 (März 1951) dieser Zeitschrift.

2) Zu dieser Frage verweisen wir auch auf den Artikel von Prof. Wolfgang Abendroth „Verfassungsrechtliche Grenzen des Streikrechts“ in Heft 2 (Februar 1951) dieser Zeitschrift.

rakter der Gewerkschaften, der für ihre eigene Organisation unverbrüchliches Gesetz ist, erfordert eine eindeutig positive Einstellung und Haltung zur parlamentarischen Demokratie. Andernfalls würden die Gewerkschaften sich selber zerstören.

Auf der anderen Seite wissen wir, daß jede Demokratie ihre Grenze hat. „Wenn konsequente Anwendung demokratischer Grundsätze auf Fragen der Existenz der Demokratie zur Aufhebung der Demokratie führt, dann ist es sittlich richtig in solchen Fällen, provisorisch oder im einzelnen, soweit es nötig ist, Prinzipien der Demokratie zu verletzen, um das weitaus größere Gut, das Ganze der Demokratie, zu retten.“³⁾

Hier also liegt die Grenze der Demokratie. Auch für die gewerkschaftliche Stellungnahme gegenüber Bundesregierung und Bundestag gibt es eine solche Grenze. Wann sie im Einzelfalle erreicht ist, das kann nur festgestellt werden in Abwägung aller Faktoren durch die höchsten Entscheidungsorgane des DGB, den Bundesvorstand und den Bundesausschuß, dem alle Gewerkschaften angehören, so daß eine Übersicht vorhanden ist über die Gesamtsituation, die Gesamtstimmung und die Kampfkraft der Organisation.

Bei solcher Entscheidung darf nicht nur an die wirtschaftliche Seite gedacht werden. Es darf niemals vergessen werden, daß die Verhinderung jeglicher Diktatur ein unabdingbarer Programmpunkt der Gewerkschaftsbewegung ist“. Somit ist die parlamentarische Demokratie Grundprinzip der Gewerkschaft selber und Grundprinzip des Staates, dessen Ausgestaltung zum wahrhaft sozialen Staat wir erstreben. Wenn wir besondere wirtschaftspolitische Vorschläge durchsetzen wollen, dürfen wir die Frage nicht isoliert betrachten, sondern müssen die gesamte staatspolitische Linie der gewerkschaftlichen Politik mitbeachten.

Es wäre kurzsichtig, unsere wirtschaftspolitischen Vorschläge mit Mitteln durchsetzen zu wollen, welche die demokratische Grundlage zerstören, auf der die Gewerkschaftsbewegung selber steht. Wir dürfen die formale Demokratie mit ihren Grundrechten nicht verachten, weil sie uns nicht genügt, weil sie allein unseren wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen nicht entspricht. Denn sie ist die notwendige Voraussetzung für allen Ausbau und darf deshalb nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden gegenüber denen, die nur auf eine Zerstörung der Demokratie lauern, um ihre eigene Diktatur an die Stelle zu setzen.

Kann man durch eine große Aktion — beispielsweise einen Generalstreik — mit Sicherheit die Bundesregierung zum Rücktritt zwingen und die Wahl eines neuen Bundestages erreichen, der sich die gewerkschaftlichen Vorschläge zu eigen macht und sie durchsetzt?

Nein! Niemand kann voraussagen, wie die Neuwahlen eines Bundestages auf Grund eines Generalstreiks verlaufen würden. Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß man durch solche Methoden die Ansätze zur Demokratie in der Bevölkerung wieder vernichten würde, daß weite Kreise die Reaktionäre von gestern wiederum wählen würden, aus Angst vor den Diktatoren ostzonaler Prägung, die in einer Generalstreikparole ihren Weizen blühen sehen. Wenn aber die Neuwahlen auf Grund eines Generalstreiks nicht das gewünschte Ergebnis bringen, soll dann auf Grund eines neuen Generalstreiks nochmals eine Neuwahl veranstaltet werden? Und was wäre inzwischen aus der deutschen Wirtschaft, die von lebenswichtigen Einfuhren, von der regelmäßigen Kohle-, Rohstoff- und Baustoffproduktion abhängt, geworden?

3) Felix Weltsch, „Das Wagnis der Mitte“, M.-Ostrau 1937, zitiert nach Federico Federici, „Der deutsche Liberalismus“, Zürich 1945, S. 441.

Es kann trotz allem notwendig werden, die letzten gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung unserer wirtschaftspolitischen Forderungen einzusetzen. Aber die Schwierigkeiten und Gefahren einer solchen Aktion muß sich jeder verantwortliche Gewerkschafter vor Augen führen, zumal Kräfte vorhanden sind, die nur auf die Gelegenheit warten, um die Demokratie im Staat und auch; die demokratische Gewerkschaftsorganisation zu zerstören.

Die Gewerkschaften lehnen prinzipiell jede Diktatur ab. Auch das deutsche Volk in seiner Mehrheit will keine totalitäre Diktatur. Große Teile der Bevölkerung sind unpolitisch, uninteressiert, stehen abseits. In ihrer politischen Unreife haben diese Menschen nicht erkannt, daß ihr Abseitsstehen und ihre Gleichgültigkeit die Wirtschaftspolitik möglich gemacht hat, die sich gegen sie selber richtet. Es ist ein wichtiges Stück politischer und gewerkschaftspolitischer Arbeit zu leisten, um diese Menschen aufzuklären und dadurch eine echte politische Machtverschiebung zu erzielen. Mit einem Generalstreik kann man diese Machtverschiebung jedoch nicht herbeiführen. Man kann damit vielleicht eine Regierung stürzen, aber noch keine Wahl gewinnen.

Wenn wir diese Probleme in aller Ruhe durchdenken, dann erkennen wir, daß eine große Aktion ein sehr zweifelhaftes Mittel ist, um aus der wirtschaftlichen Notlage von heute herauszuführen. Wir sind als Gewerkschafter gewohnt, bei Beurteilung einer wirtschaftspolitischen und gewerkschaftspolitischen Situation sehr ernst und sehr nüchtern zu verfahren. Die Arbeiterschaft hat mit großen Mühen und Opfern diese Gewerkschaftsorganisation aufgebaut. Sie ist ein Instrument, das im Notfall entschlossen eingesetzt werden muß, das aber nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. Die Kräfte, die danach trachten, die Demokratie im Staat und innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation zu vernichten, wollen ja nicht die wirtschaftliche Notlage unserer Kollegen wirklich ändern. Sie wollen sie nur ausnutzen, um ihre Diktaturgewalt aufzurichten.

Zu einem neuen Deutschland und einem neuen Europa kommen wir nur auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie, allerdings in Weiterbildung und Ergänzung dieser parlamentarischen Demokratie durch eine soziale Demokratie der wirtschaftlichen Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene. In ganz besonderen Notständen des völligen Versagens dieser parlamentarischen Demokratie kann allerdings die Gewerkschaftsbewegung im Interesse der Gesamtdemokratie auch einmal gegen das Parlament antreten müssen. Es gibt eine Grenze für die Geduld der besten Demokraten auf dem langwierigen Weg der Demokratie.

Andererseits gilt es für uns Gewerkschafter, die harte, zähe Tagesarbeit weiterzuführen. Hinsichtlich des Lohnkampfes ist die Linie klar vorgezeichnet, nach der die dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften verfahren. Jede Preissteigerung wird mit neuen Lohnbewegungen beantwortet. Bezüglich der Preisseite und der Beseitigung der wirtschaftlichen Engpässe ist der erste Schritt durch die Aufzeigung der notwendigen Maßnahmen in den gewerkschaftlichen Forderungen und die Verhandlung hierüber mit der Bundesregierung getan worden.

Es gilt nun einerseits, die überall in verantwortlichen Positionen stehenden Persönlichkeiten mit diesen Vorschlägen vertraut zu machen, andererseits die Masse der Unorganisierten, der Frauen, der abseitsstehenden Jugendlichen mehr und mehr davon zu überzeugen, daß die gewerkschaftlichen Forderungen und Ziele auch ihre Ziele sind, um einen immer größeren Hundertsatz der ins-

gesamt 16 Millionen Arbeitnehmer der Bundesrepublik in unseren Reihen zu organisieren.

Durch diese stetige Arbeit muß das Gewicht und der Einfluß der Gewerkschaften im öffentlichen Leben, in der öffentlichen Diskussion weiter gesteigert werden. Damit wächst die außerparlamentarische Macht der Gewerkschaften, die auch auf die Entscheidungen von Parlament und Regierung einen um so stärkeren Einfluß ausübt, je gesammelter und disziplinierter sie ist. Sie muß so diszipliniert sein, daß in dem Fall, in dem die verantwortlichen Organe des DGB die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Aktion gegeben sehen, die Demokratie dadurch gefestigt und nicht durch irgendwelche Abenteurer und Agenten gefährdet wird. Wir müssen aber auch mit Rücksicht auf die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie unsere Kollegen immer wieder hinweisen auf die Macht, die ihnen mit dem Stimmzettel in die Hand gegeben ist.

Wenn die Masse der schaffenden Menschen die politische Mitbestimmung über den Stimmzettel gar nicht oder falsch anwendet, ist sie durch die gewerkschaftliche Arbeit nur sehr schwer zu korrigieren. Die Frage nach den Möglichkeiten der Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen im Rahmen eines demokratischen Staates ist so schwerwiegend und für den seiner Verantwortung bewußten demokratischen Gewerkschafter so ernst, daß um ihre Lösung noch lange gerungen werden wird.

LOUIS FISCHER:

„Die Diktatur ruht auf einem See von Blut, einem Meer von Tränen und einer Welt von Leiden, als den Ergebnissen ihrer grausamen Maßnahmen, Wie also kann sie Frieden oder Freiheit, inneren oder äußeren Frieden bringen? Wie können Furcht, Gewalt, Lügen und Elend bessere Menschen schaffen?“